

# Deutsch-Niederländische Bürgermeisterkonferenz

Freitag und Samstag, den 19. und 20. November 2004  
Schloss Vaeshartelt, Maastricht

Veranstaltet vom *Duitsland Instituut Amsterdam*  
und Frau Monique Quint, Bürgermeisterin von Vaals

## Protokoll

von Marja Verburg, Mitarbeit von Iris Sauer und Erik Linke  
Deutsche Übersetzung: Philipp Erbslöh

Foto's: Foto Artica Meerssen, GHOR 'De Caumer' und Duitsland Instituut Amsterdam



Schloss Vaeshartelt, Maastricht



v.l.n.r. Monique Quint (Moderatorin), Sander van den Eijnden,  
Jürgen Linden (Referenten)

## Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| 1. Einleitung   | 3  |
| 2. Direktgewählte Bürgermeister – Erwartungen und Erfahrungen. Redner:            | 4  |
| a. Sander van der Eijnden, niederländisches Innenministerium                      | 4  |
| b. Dr. Jürgen Linden, Bürgermeister der Stadt Aachen                              | 6  |
| c. Diskussion   | 8  |
| 3. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei weißer Katastrophenbekämpfung. Redner: | 10 |
| a. Frans Willeme, Bürgermeister von Dinkelland (Twente)                           | 10 |
| b. Wolfgang Düren, Landesinnenministerium Nordrhein-Westfalen                     | 13 |
| c. Diskussion   | 15 |
| 4. Besuch des GHOR Süd-Limburg ‚De Caumer‘  | 16 |



An der Konferenz teilnehmende Bürgermeister

## 1. Einleitung

Am 19. und 20. November fand in Maastricht die erste Niederländisch-Deutsche Bürgermeisterkonferenz statt. Nach Initiative von Monique Quint, der Bürgermeisterin von Vaals, wurde die Konferenz vom *Duitsland Instituut Amsterdam* organisiert.

Thema dieser binationalen Konferenz war die Direktwahl der Bürgermeister – in Deutschland schon praktiziert und in den Niederlanden ein geplantes Vorhaben – und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Katastrophenbekämpfung. Etwa vierzig niederländische und deutsche Bürgermeister aus dem Grenzland nahmen an der Konferenz teil, um die Gelegenheit zu nutzen, Wissen und Erfahrung gegenseitig auszutauschen.

Am ersten Tag der Konferenz wurden in Plenarsitzungen die obengenannten Themen durch niederländische und deutsche Fachleute in ihrer Vielseitigkeit dargestellt. Anschließend war die Möglichkeit zur Diskussion gegeben. Der zweite Tag stand im Zeichen eines Besuches des euregionalen Sicherheitszentrum ‚De Caumer‘ in Heerlen (NL), wo man schon Erfahrung mit den grenzüberschreitenden Aspekten der Katastrophenbekämpfung hat machen können.

Sie finden in den weiteren Kapiteln das Protokoll der Konferenz. Es wird für das Jahr 2005 wiederum eine Deutsch-Niederländische Bürgermeisterkonferenz geplant. Interessierte können sich hierfür beim *Duitsland Instituut Amsterdam* anmelden oder weitere Informationen bekommen. Ansprechpartner ist: Marja Verburg, tel.: 0031-(0)20-525 36 98, E-Mail: [verburg@dia.uva.nl](mailto:verburg@dia.uva.nl).

Weitere Informationen zum Thema Katastrophenbekämpfung in Nordrhein-Westfalen (siehe Kapitel 3) sind erhältlich beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Deutschherrenstr. 93-95, 53177 Bonn, Tel.: 01888 358 5999, Fax: 01888 358 5899, e-mail: [gmlz@bbk.bund.de](mailto:gmlz@bbk.bund.de)

Dieses Protokoll findet sich außerdem sowohl in niederländischer als auch in deutscher Sprache auf dem *Duitslandweb*, dem Internetportal für die Niederlanden über Deutschland: [www.duitslandweb.nl](http://www.duitslandweb.nl), siehe: *Verslagen, November 2004*.

## 2. Direktgewählte Bürgermeister

### 2.a. Herr Sander van den Eijnden Innenministerium der Niederlande



In der Diskussion um den direktgewählten Bürgermeister schaut man in den Niederlanden oft auf die USA. Dies erschwert die Diskussion eher, als dass dies zu Deutlichkeit führe, weil die Unterschiede zwischen den Niederlanden und den Vereinigten Staaten sehr groß sind. Ein Vergleich mit dem Nachbarland Deutschland liegt sehr viel näher. Dennoch gibt es auch deutliche Unterschiede zwischen der niederländischen und der deutschen Situation. Deutschland ist ein föderal aufgebautes Land und hat demnach auch andere Verwaltungsebenen als die Niederlande. Außerdem gibt es in einigen Gegenden von Deutschland immer noch ehrenamtliche Bürgermeister. Auch innerhalb Deutschlands bestehen Unterschiede bei der Direktwahl der Bürgermeister. Die Wahl von Bürgermeistern in Baden-Württemberg und Bayern besteht seit Jahrzehnten, während man in Nordrhein-Westfalen erst zwei Mal zur Wahlurne zog, um einen Bürgermeister zu wählen. In Baden-Württemberg sind die Kandidaten darüber hinaus zumeist politisch Außenstehende, Menschen die keine Verbindungen zu politischen Parteien haben, während zum Beispiel in Hessen die Kandidaten nahezu ausnahmslos von einer Partei vorgeschlagen werden.

In den Niederlanden wurden bis 1970 die Bürgermeister alleinig durch die Krone benannt. Lediglich im 15. Jahrhundert wurden einige Bürgermeister durch den Stadtrat und die Vertreter der Gilden gewählt. Ab dem Jahr 1970 durfte der Stadtrat ein Profil für das Bürgermeisteramt ausarbeiten und ab den achtziger Jahren durfte der Rat auch seine Empfehlungen aussprechen. Noch später war es dem Rat erlaubt, seine Empfehlung offiziell zu verkünden und bekam der Stadtrat das Recht, Referenden zu veranlassen. Das jetzige Verfahren, nach dem in den Niederlanden ein Bürgermeister benannt wird, ist undeutlich. Nahezu jeder kann sich als Kandidat aufstellen lassen. Dann findet eine Auswahl auf Provinzebene statt, eine Kommission des Stadtrates spricht ihre Empfehlung aus und der Stadtrat berät anschließend den Minister. Der Minister berät die Königin und diese ernennt den Bürgermeister. Wer bestimmt in diesem Verfahren also schlussendlich, wer Bürgermeister wird? Außerdem ist auch nicht bekannt, welche anderen Kandidaten es gegeben hat und nach welchen Kriterien die Ernennung erfolgte.

Was sind die Aufgaben eines Bürgermeisters in den Niederlanden? Er ist der öffentlichste Vertreter der Kommunalverwaltung und muss in dieser Funktion die Erwartungen der Öffentlichkeit erfüllen. Momentan hat er aber hierzu nicht die dazugehörigen Befugnisse. Formal ist seine Position relativ schwach. Es gibt eine Kluft zwischen den Erwartungen der Bevölkerung an einen Bürgermeister und dem, was er tatsächlich leisten kann und leisten darf. Wenn ein Bürgermeister gewählt wird, hat er viel mehr Legitimität, die auch nötig ist, um ihm mehr Befugnisse zu geben.

Die Absicht ist, die Bürgermeisterwahl im März 2006 in einem Mal einzuführen. Der Bürgermeister wird dann für die Einheitlichkeit der ausgeführten Politik verantwortlich sein. Lediglich er kann Beigeordnete zur Ernennung bzw. Entlassung vorschlagen, über die der Rat dann beschließen muss. Auch ist er für die Verwaltung, für den Beamtenapparat, verantwortlich. Der Bürgermeister und die Beigeordneten führen die Politik durch, der Stadtrat nimmt hierbei eine kontrollierende Funktion ein.

In den Niederlanden findet nun eine heftige Diskussion über die Situation statt, die entstehen kann, wenn der Stadtrat etwas anderes als der Bürgermeister möchte. Dieser Fall wird *Cohabitation* genannt. Hier zeigt sich die Rolle des Bürgermeisters als unabhängiger Brückenbauer. Van den Eijnden ist interessiert an den Erfahrungen mit diesem Fall in Deutschland. Weil viele Niederländer denken, dass ein Bürgermeister seine Legitimität lediglich durch Wahlen bekommen kann, treten sie für den direktgewählten Bürgermeister ein. Andere fürchten gerade eine Personifizierung der Politik nach amerikanischem Vorbild. Sie fürchten die zu große Bedeutung der Person, das sogenannte Schwarzeneggersyndrom. Der Nachteil hiervon könnte sein, dass Menschen ohne verwaltungstechnische Erfahrung aufgrund ihrer Popularität aus anderen Bereichen Bürgermeister werden. Anders gefragt: Wie wahrscheinlich ist es, dass der deutsche Torwart Oliver Kahn Bürgermeister von München wird?

Es ist noch nicht beschlossen, ob die Direktwahl der Bürgermeister eingeführt werden wird. Viele Bürgermeister, aber auch eine Reihe Politiker, sprechen sich dagegen aus. Nachdem der Ministerrat Anfang November dem diesbezüglichen Gesetzesantrag zugestimmt hat, liegt dieser nun gerade im Parlament. Es ist demnach genug Stoff zur Diskussion gegeben. Van den Eijnden ist

gespannt auf die deutschen Erfahrungen, denn Bürgermeisterwahlen seien faszinierende Wahlen. Um mit einem Zitat des Kabinettschefs des Stuttgarter Bürgermeisters Raimund Gründler abzuschließen:  
„Nach keiner Wahl kann man selbst erfahrene Politikbeobachter und alte Hasen in der politischen Szene so oft von einem überraschenden Wahlausgang reden hören wie bei Bürgermeisterwahlen.“

2.b. Herr Dr. Jürgen Linden  
*Bürgermeister der Stadt Aachen*



Bürgermeister Linden referiert über die Direktwahl des Bürgermeisters aus eigener Erfahrung. Seit 1995 ist er gewählter Bürgermeister von Aachen, bis dahin war er seit dem Jahr 1989 ehrenamtlicher Bürgermeister der Stadt.

Während der englischen Besatzung von Aachen nach dem zweiten Weltkrieg wurde die englische Kommunalverfassung in Kraft gesetzt. In dieser wählt die Bevölkerung den Stadtrat und gibt es in der Kommunalverwaltung zwei leitende Stellungen: Den *Chief Executive* (Stadtdirektor), der an der Spitze der Verwaltung steht und Jurist sein muss, und den Bürgermeister, der die Stadt repräsentiert und dem Stadtrat vorsitzt. Die Legislaturperiode dauerte fünf Jahre.

In den fünfziger und sechziger Jahren zeigten sich die Bürger mit diesem System nicht zufrieden. Sie wandten sich mit Problemen an den Bürgermeister, aber der durfte diese Probleme nicht angehen, sondern musste sie dem Stadtdirektor überlassen. Die Bevölkerung hingegen erwartete die Antworten auf ihre Fragen viel eher vom Bürgermeister, und so wurden Themen oft zwischen dem Stadtdirektor und dem Bürgermeister hin und her geschoben. Mit diesem System unzufrieden, organisierten die Bürger in den neunziger Jahren ein Volksbegehren, in dem sie sich dafür einsetzten, dass kommunale System aus der Zeit von vor dem zweiten Weltkrieg zurück zu bekommen. Erst da reagierte die Politik, und Mitte der neunziger Jahre wurde die Direktwahl des Bürgermeisters in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Die Bürger empfinden die Direktwahl des Bürgermeisters als ein direkteres demokratisches System.

Linden selbst wurde zweimal wiedergewählt. Bei der letzten Wahl gab es eine Wahlbeteiligung von 60 Prozent. In Nordrhein-Westfalen wählen die Bürger eine Partei und einen Bürgermeisterkandidaten. Sie haben demnach zwei Stimmen bei den Kommunalwahlen. Viele Wähler gaben im September sehr wohl eine Stimme für einen Bürgermeisterkandidaten ab, jedoch nicht für eine Partei. 3000 Stimmen bekam Linden persönlich von Menschen, die keine Partei gewählt hatten.

Noch immer gibt es in Deutschland keine Berufsqualifikation, die nötig ist, um Bürgermeister werden zu können. Wenn jemand Bürgermeister werden möchte, gibt es für ihn zwei Möglichkeiten, sich als Kandidat aufstellen zu lassen:

- Man kann unabhängiger Kandidat sein, wobei man nicht Mitglied einer politischen Partei sein muss. Hierfür benötigt man lediglich genügend Unterschriften aus der Bevölkerung für seine Kandidatur. Beispielsweise in Aachen, einer Stadt mit 246.000 Einwohner, reichen hierfür 260 Unterschriften.
- Über eine politische Partei, von der man nominiert werden muss.

Bei den letzten Wahlen in Aachen gab es sieben Kandidaten für das Bürgermeisteramt: Vier Kandidaten der großen deutschen Parteien und drei unabhängige Kandidaten.

Ein deutscher Bürgermeister hat folgende Aufgaben:

- Er repräsentiert die Stadt.
- Er ist der juristische Vertreter der Stadt.
- Er sitzt dem Stadtrat vor.
- Er steht an der Spitze der Stadtverwaltung.

Die letzte Aufgabe ist die schwerste. Der Bürgermeister verfügt über verschiedene Ämter, die durch andere verwaltet werden, genauso wie in einer Betriebsverwaltung. Der Bürgermeister ist die personale und juristische Gewalt. Die Beigeordneten haben jeweils ihren eigenen Bereich, für welchen sie verantwortlich sind. Beigeordnete werden jedoch nicht von der Bevölkerung, sondern von dem Stadtrat gewählt und müssen die Beschlüsse des Rates ausführen.

Bürgermeister und Rat werden in Nordrhein-Westfalen jeweils für fünf Jahre gewählt. Der Bürgermeister kann übrigens auch abgewählt werden, doch ist dies sehr kompliziert. Eine zweidrittel Mehrheit des Rates muss sich dafür aussprechen, und daraufhin muss die Bevölkerung über seinen Verbleib im Amt abstimmen. Wie der Bürgermeister seinen Wahlkampf führt, ist ihm selbst überlassen. Der Etat bewegt sich zwischen fünftausend und hunderttausend Euro. Für den Wahlkampfetat muss der Kandidat selbst aufkommen, und muss hierüber eine eindeutige Buchhaltung führen. Er muss sich an die Regeln über Wahlkampfgelder halten, und seine Ausgaben und Einkünfte müssen kontrollierbar sein. In Deutschland darf man sich übrigens nicht in mehreren Gemeinden gleichzeitig als Kandidat aufstellen lassen.

Nach den Wahlen kann es möglicherweise sein, dass der Bürgermeister einer anderen Partei angehört als die Ratsmehrheit. Es gibt es verschiedene Auffassungen, ob dies gut oder schlecht sei.

Linden hat hiermit unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Bei den letzten Wahlen bekam Linden 62 Prozent der Stimmen, während seine Partei, die SPD, 30 Prozent der Stimmen bekam. Das bedeutet also, dass die übrigen 32 Prozent der Menschen, die ihn gewählt haben, von anderen Parteien kommen. Bürger treffen diese Entscheidung bewusst (*Cohabitation*). Sie möchten einen bestimmten Bürgermeister und möchten eine bestimmte Partei im Rat. Praktisch dürfte das Prinzip der *Cohabitation* zu keinerlei Problemen führen. In Bonn und in Wuppertal kommt der Bürgermeister von einer anderen Partei als die Ratsmehrheit und es sind dadurch keine größeren Probleme oder Streitigkeiten entstanden. Außerdem: Auch in Gemeinden, in denen der Bürgermeister die Partei mit der Ratsmehrheit teilt, gibt es oft genug Streitigkeiten.

Obwohl ein Bürgermeister also keine besondere Ausbildung gehabt zu haben braucht, muss er sehr genau auf die Bevölkerung hören. Er muss mehr als ein Technokrat und auch mehr als ein Bierzelpopulist sein. Darüber hinaus braucht er politische Erfahrung, muss sich in der Politik bewegen können und muss in der Lage sein, die Verwaltung zu leiten. Sollte er mit letzterem wenig Erfahrung haben, ist er insbesondere auf gute Beigeordnete angewiesen. Es stellt ein großes Manko dar, wenn ein Bürgermeister dies nicht selbst kann, andererseits gibt es für keine einzige Funktion in der deutschen Politik besondere Berufsqualifikationen: nicht für das Amt des Bundeskanzlers, nicht für den Bundespräsidenten und nicht für die Ministerpräsidenten.

Ein anderer Nachteil des direktgewählten Bürgermeisters, oder zumindest in dem System in Nordrhein-Westfalen, ist, dass der Bürgermeister keine Möglichkeiten hat, Einfluss auf die Auswahl der Beigeordneten auszuüben. Dies ist das Recht des Stadtrates. In diesem Rat sitzen aber die Vertreter der Parteien, und diese lassen sich oftmals durch parteipolitische Überlegungen leiten; auch in der Wahl der Beigeordneten. Das kann dazu führen, dass Beigeordnete benannt werden, die für diese Funktion nicht geeignet sind. Linden spricht sich daher dafür aus, dass der Bürgermeister das Recht bekäme, seine eigenen Beigeordneten auszuwählen. Er muss schließlich mit ihnen zusammenarbeiten.

In Nordrhein-Westfalen haben die Bürgermeister und der Rat dieselbe Legislaturperiode, fünf Jahre nämlich, und der Bürgermeister kann sich also auch nicht seines Rates entledigen. Linden sähe die Amtsperiode eines Bürgermeisters gerne auf mindestens sechs und lieber noch auf acht Jahre verlängert. Dann könnte ein Bürgermeister auch eine politische Richtung bestimmen und diese ausgestalten. Seiner Erfahrung nach, möchten die Bürger einen über den Parteien stehenden Bürgermeister: Jemanden, der demnach eine noch größere demokratische Legitimation habe.

Es ist nicht immer ganz klar, wann und in welcher Situation ein Bürgermeister Stimmrecht hat. Im Rat zählt die Stimme des Bürgermeisters ebensoviel wie die der anderen Ratsmitglieder. Er ist in diesem Fall also einer von ihnen. Wer jedoch in welchen Ausschuss benannt wird, darf der Bürgermeister nicht mitentscheiden und er hat auch nicht automatisch einen Sitz in jedem Ausschuss.

Ein anderes Problem, das sich bei der Direktwahl des Bürgermeisters auftut, ist, dass jemand, der nicht wiedergewählt wird, nicht automatisch das Recht auf soziale Vorsorge genießt. Dafür muss er acht ganze Jahre Bürgermeister gewesen sein. Viele qualifizierte Kandidaten hält dies davon ab, sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Linden war Jurist, bevor er Bürgermeister wurde, und war Anwalt als er ehrenamtlicher Bürgermeister. Seine Rente ist demnach gesichert. Dies gilt jedoch lange nicht für alle Kandidaten.

Dennoch ist Linden sehr froh über die Direktwahl der Bürgermeister. Der Bürgermeister hat, weil er durch die Bevölkerung gewählt wird und unabhängiger ist, eine stärkere Position. Als seine eigene Partei, die SPD, eine Wohnungsbaugesellschaft verkaufen wollte, und sich die Opposition dagegen aussprach, stoppte Linden diesen Plan und stellte sich damit gegen seine eigene Partei. Er war hierzu in der Lage, weil es einen Gesetzesartikel gab, der den Verkauf verbot. Aber er konnte sich nur gegen seine eigene Partei stellen, weil seine demokratische Legitimation als direktgewählter Bürgermeister viel größer war und er unabhängig von der Parteipolitik war.

Die Entwicklungen in den Niederlanden betrachtend, rät Herr Linden seinen niederländischen Kollegen, der Direktwahl der Bürgermeister optimistisch entgegenzutreten: „Machen Sie es, es lohnt sich und es ist besser.“

## 2.c. Diskussion



Niederländische Bürgermeister stellen fest, dass auch nicht gewählte Bürgermeister politisch unabhängig sein können und dass es in den Niederlanden eine Tradition gibt, die Macht aufzuteilen und zu verteilen. Die Direktwahl des Bürgermeisters bricht mit dieser Tradition und darüber hinaus könne man, so diese Bürgermeister, eine Stadt nicht wie einen Betrieb verwalten. Van den Eijnden gibt diesen Bürgermeistern hierbei Recht, er ist aber nicht ihrer Meinung, dass deshalb in den Niederlanden die Direktwahl der Bürgermeister nicht eingeführt werden könne. Bei einem Konflikt zwischen dem Bürgermeister und dem Rat z.B., könne der Rat den Bürgermeister entlassen, andersherum ginge dies jedoch nicht. Einer der niederländischen Bürgermeister meint, dass das Verhältnis zwischen Bürgermeister und Rat kulturell bestimmt wird. Und könne man den Bürgern insoweit vertrauen, dass sie einen guten Bürgermeister wählen? Die Personifizierung der Politik sei eine reelle Gefahr und das Vertrauen in die niederländische Bevölkerung ist seit kurzem auf eine harte Probe gestellt.

Linden bemerkt, dass der Bürgermeister sich daraufhin dann ein anderes Volk wählen müsse. Der Bürgermeister wird nicht automatisch seine Macht missbrauchen, und außerdem dürfe man die Macht des gewählten Bürgermeisters auch nicht überschätzen. Sie sei in diesem Sinne nicht mit der von George Bush zu vergleichen. Darüber hinaus ist die Unzufriedenheit der niederländischen Bürger, so Linden, mit der Politik auch so groß, weil die Menschen eben nicht ihren eigenen Bürgermeister wählen dürfen. In der Politik glaube man, alles besser zu wissen, während die Wähler jedoch auch gerne nach ihrem persönlichen Gefühl abstimmen.

Ein zu befürchtender Nachteil sei, dass die Bürgermeister in den Niederlanden schon Jahrhunderte lang unabhängig waren und warum diese Unabhängigkeit dann per se größer werden würde, wenn sie direktgewählt würden? Niederländische Bürgermeister schlagen vor, im Zusammenhang mit der Direktwahl von Bürgermeistern, nach englischem Vorbild zwischen größeren und kleineren Gemeinden zu unterscheiden. London hat beispielsweise einen gewählten Bürgermeister, andere englische Städte aber nicht. Ein deutscher Kollege wirft dagegen ein, dass dies eine hierarchisch geschichtete Demokratie zur Folge hätte.

Linden bewertet, dass die Unabhängigkeit eines Bürgermeisters eine Frage der Persönlichkeit sei. Nicht von Parteien gestellte Kandidaten müssten zwar ihren Wahlkampf selbst finanzieren, doch dabei dürften sie keinen zu engen Kontakt mit der Wirtschaft haben. Dies sei strafbar. Außerdem würden dies, so Linden, die Wähler aber sowieso merken.

Ein anderer deutscher Bürgermeister stellt fest, dass er selbst nur als unabhängiger Kandidat hat Bürgermeister werden können. Über den Weg der Parteipolitik wäre ihm dies nie gelungen, da er nie innerhalb einer Partei aufgestiegen war. Bei den letzten Wahlen wurde er dann mit 86 Prozent der Stimmen gewählt. Er sieht seine Unabhängigkeit als einen Vorteil an. Die Parteien würden das System akzeptieren und es funktioniere gut in Nordrhein-Westfalen. Ein niederländischer Kollege erwidert darauf, dass wahrscheinlich dessen bis vor den Wahlen ausgeübte Funktion als Stadtdirektor ein Grund seiner Wahl und damit die Basis seiner Legitimität sei. Die Wahl sei demnach ein Teil des Erbes des alten Systems. In den Niederlanden würde dies nicht auf diesem Wege funktionieren, so der niederländische Bürgermeister weiter, weil die Wahlen viel politischer durchdrungen seien.

Im weiteren führt Linden aus, dass die Bürgermeister nun nach der Einführung der Direktwahl des Bürgermeisteramtes persönlich nicht mehr wie zuvor in derselben Abhängigkeit vom Rat stehen. Als Bürgermeister kann er jetzt selbst bestimmen an manchen Besprechungen nicht mehr teilzunehmen, und ist als freier Mandatsträger auch nicht dem Fraktionszwang unterworfen. Dies mache die Unabhängigkeit aus. Linden ist der Meinung, dass ein Bürgermeister immer ein Brückenbauer sein müsse, unabhängig davon, ob er nun von seiner Partei abhängig sei oder nicht.

Ein anderer deutscher Kollege denkt, dass man mit Hilfe der Medien die Bevölkerung von seinen Standpunkten überzeugen könne. Wenn einem dies nicht gelänge, habe man verloren: Das sei das Prinzip der Demokratie. Die deutschen Bürgermeister ermutigen ihre niederländischen Kollegen, sich zur Wahl zu stellen: Die Bevölkerung wisse sehr genau, was sie wolle; drücke dies mit ihrer Stimme aus, und hiermit habe sich der Bürgermeister eben abzufinden.

Über den Vorsitz im Stadtrat: In Frankreich ist, wie auch in Baden-Württemberg, der Bürgermeister der Ratsvorsitzende. In Nordrhein-Westfalen ist dies anders, hier braucht der Bürgermeister dem Rat nicht vorzusitzen. Es gäbe nicht einmal eine Anwesenheitspflicht für Beigeordneten, dennoch sei aber die Anwesenheit bei Ratssitzungen, so Linden, wünschenswert.

Über die finanzielle Unabhängigkeit der Bürgermeister: Einer der deutschen Bürgermeister spricht sich dafür aus, dass eine Regelung eingeführt werden muss, auf die sich die Bürgermeister, die vorher keine Beamten gewesen waren oder auf keinem anderem Wege eine Rente sichergestellt haben, in dem Fall stützen können, wenn sie nicht wiedergewählt werden. Frau Quint ergänzt, dass das Bürgermeisteramt nicht einer, über genug Geld verfügender, Elite vorbehalten bleiben darf. Ein anderer deutscher Kollege findet jedoch, dass das finanzielle Risiko eines direktgewählten Bürgermeisters nicht höher sei, als das von jemandem aus der freien Wirtschaft. Diese Menschen könnten letzten Endes auch auf der Strasse landen. Das Problem sei eher die ungleiche Behandlung von Verbeamteten und Bürgermeistern, die nicht verbeamtet sind. Diese Ungleichheit müsse abgeschafft werden. In den Niederlanden würde man noch an einer Pensionsregelung für direktgewählte Bürgermeister arbeiten. Man stehe darüber momentan noch in Verhandlung mit den Gewerkschaften.

### 3. Grenzüberschreitende weiße Katastrophenbekämpfung

#### 3.a. Herr Frans Willeme

Bürgermeister der Gemeinde Dinkelland (Twente, NL)



Der Bürgermeister der Grenzgemeinde Dinkelland (bei Twente, Niederlande), Herr Willeme, redet über seine Erfahrungen mit der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Niederlanden in der grenzüberschreitenden Katastrophenbekämpfung. Neben seinem Bürgermeisteramt in Dinkelland ist Willeme gleichzeitig auch Vorsitzender der *Euregio*, einem Kommunalverband für die Zusammenarbeit von den Niederlanden und Deutschland. In der *Euregio* leben insgesamt ungefähr drei Millionen Einwohner verteilt in den Niederlanden, in NRW und in

Niedersachsen. Willeme empfand Deutschland zwar als ein einheitliches Land, hat aber durch seine Arbeit für die *Euregio* erfahren können, dass es große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gibt.

In Bezug auf die weiße Katastrophenbekämpfung: Als Willeme gefragt wurde, auf dieser Konferenz über seine Erfahrungen mit der „weißen Katastrophenbekämpfung“ zu referieren, kannte er diese Bezeichnung bis dato nicht. Auch in verschiedenen Ministerien in Den Haag war diese Bezeichnung noch lang nicht überall bekannt. Es geht hierbei um ansteckende Krankheiten (für Mensch und Tier), um Naturkatastrophen und um Unfälle mit Kernenergie. Katastrophen bei denen Rauch und Feuer auftreten, werden als rote Katastrophen bezeichnet.

Gibt es Unterschiede in der Bekämpfung von weißen bzw. roten Katastrophen? Und wer ist bei der Bekämpfung wofür verantwortlich? Es gilt bei der Katastrophenbekämpfung zwischen verschiedenen Stadien zu unterscheiden, in welchen die jeweiligen Maßnahmen greifen müssen:

- Vorsorge: Was kann man tun, um präventiv eine Katastrophe zu verhindern?
- Vorbereitung: Was kann bereitgestellt sein, wenn sich doch eine Katastrophe anbahnt?
- Bekämpfung: Was ist bei einer Katastrophe zu tun?
- Nachsorge: Betreuung der Opfer, Regelung der Versicherung und Bezahlung des beim Einsatz verbrauchten Materials

Es gibt in den Niederlanden eine Reihe ausgezeichnete Sachbücher über die Bekämpfung von Katastrophen, die jedoch niemand benutzt und die nach ihrem Erscheinen auch nicht mehr aktualisiert wurden. In Deutschland gibt es große Unterschiede im Regelwerk und in der Organisation zwischen den Bundesländern, die in dem Sinne Bezug mit den Niederlanden haben: Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Außerdem werden die Vorschriften in diesem Bereich sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland oft verändert. Die Informationen, die es jetzt gibt, sind nicht sehr praxisnah.

Willeme möchte mit seinem Vortrag Fragen über die weiße Katastrophenbekämpfung aus niederländischer Perspektive klären, und dabei auch den verschiedenen beteiligten Verwaltungsämtern und den Bürgermeistern praktische Tipps mit auf den Weg geben. Hierfür behandelt Willeme eine sogenannte „Sicherheitskette“, die aus fünf verschiedenen „Momenten“ besteht. Wenn zu einem frühen Zeitpunkt in die Kette investiert werden würde, führte dies am Ende der Kette zu weit größeren Erträgen. Aus folgenden „Momenten“ setzt sich die Kette zusammen: Pro-Aktion, Vorbeugung, Vorbereitung, Bekämpfung und Nachsorge. Pro-Aktion beinhaltet im Zusammenhang mit weißen Katastrophen, dass Gegenden so angelegt werden, dass es nicht zu Katastrophen kommen kann. Dies kann beispielsweise geschehen, wenn Kernkraftwerke nicht in dichtbevölkerte Gegenden gebaut werden, oder wenn man vermeidet, dass Schweinezüchtereien zu nah beieinander liegen. Die Verantwortlichkeit über dergleichen Dinge liegt in den Niederlanden in der Hand verschiedener Ministerien. Im Zusammenhang mit roten Katastrophen sind hierfür die Gemeinden verantwortlich. Dabei geht es dann darum, einen guten Flächennutzungsplan zu haben, die Risiken mit Hilfe einer sogenannten Risikokarte deutlich zu machen und dafür Sorge zu tragen, dass die notwendige Infrastruktur besteht und diese auch in gutem Zustand ist.

Auch bei den übrigen „Momenten“ gilt, dass bei weißen Katastrophen die nationalen Ministerien verantwortlich sind, während bei roten Katastrophen die Koordination und die Einsätze in der Hand der kommunalen Instanzen liegen. In Bezug auf die Vorbereitung von Katastrophenbekämpfung: Bei weißen Katastrophen sind nationale Instanzen verantwortlich, wie das niederländische Ministerium für Verkehr, Raumplanung und Umwelt, die Reichswasserwach und das Niederländische Veterinärinstitut. Im Falle roter Katastrophen müssen auf kommunaler Ebene Katastrophenbekämpfungspläne vorliegen und es müssen genug Menschen dafür ausgebildet sein,

die Katastrophen bekämpfen zu können. Auch die Polizei muss über Pläne verfügen, um bei verschiedenen Katastrophen selbst aufzutreten und einzugreifen. Für die Bereitschaft der Feuerwehr ist der Gemeinderat verantwortlich. In Bezug auf die Nachsorge: Es geht hierbei oftmals um die Begleitung der Personen, die von der Katastrophe betroffen gewesen waren, um die Regelungen der Versicherungen, und um die Bezahlung der beim Einsatz verwendeten Hilfsmaterialien. Evaluationen weißer Katastrophen finden auf der Ebene der beteiligten nationalen Ministerien statt, bei roten Katastrophen auf kommunaler Ebene.

Willeme bewertet, dass es kaum Unterschiede bei der Bekämpfung von weißer und roter Katastrophen gibt. Weiße Katastrophen haben meist ein größeres Ausmaß und deshalb würden in diesen Fällen eher die nationalen Ministerien miteinbezogen. Auch haben weiße Katastrophen oft grenzüberschreitenden Charakter, und in diesen Fällen muss demnach auch grenzüberschreitend agiert werden. Dies bedeutet, dass der Kern der Bekämpfung auf der regionalen Ebene liegt.

Für die Zusammenarbeit bedeutet dies folgendes: Das Bundesverfassungsgericht hat bestimmt, dass auf kommunaler Ebene kein Mitbestimmungsrecht gilt, und so haben die Niederlande demnach in Bezug auf Pro-Aktion kein Mitspracherecht über, die Grenzregion betreffenden, Entscheidungen. Willeme wollte beispielsweise auch über das Kernkraftwerk im deutschen Lingen mitsprechen, aber dies war nicht möglich, obwohl eine Katastrophe dieses Werks einschneidende Folgen für die Region Twente haben würde.

In Bezug auf die Vorbeugung von Katastrophen: Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es auf diesem Gebiet wenig Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden und Deutschland. Es gibt große Unterschiede in der Gesetzgebung und den Vorschriften, was die Zusammenarbeit erschwert. Allgemein wird das Risiko in den Niederlanden eher kleiner gehalten, weil die Vorschriften strenger sind. In Deutschland kann es beispielsweise sein, dass eine Disko und ein Lagerraum gefährlicher Gase im selben Gebäude untergebracht sind. Dies wäre in den Niederlanden verboten. Nach einer Bemerkung eines deutschen Bürgermeisters aus dem Saal, dass der Unfall mit der Feuerwerkskörperfabrik dennoch in Enschede und nicht in Deutschland passiert wäre, gibt Willeme zu, dass den strengen Vorschriften in den Niederlanden nicht immer nachgekommen wird.

Vorbereitung: Auch hier sind in der Zusammenarbeit zahlreiche Mängel festzustellen. Es gibt keinen Austausch der Katastrophenpläne, und das in Deutschland eingesetzte Material ist nicht immer in den Niederlanden einzusetzen. So stellte sich bei einem Brand in den Niederlanden, bei dem Deutsche löschen halfen, heraus, dass die deutschen Feuerwehrschräume nicht auf niederländische Schläuche passten. Es gibt zu wenig Ausbildungsmöglichkeiten, um die Zusammenarbeit beider Länder zu verbessern, und es finden zu wenige gemeinschaftliche Übungen statt, während sich die Maßregeln und die Ausbildungen in den Ländern zu sehr voneinander unterscheiden.

Bekämpfung: auch hier findet kein Austausch und keine Abstimmung der Arbeitspläne statt. Es gibt verschiedene Sicherheitsmaßregeln im Umgang mit gefährlichen Stoffen und es besteht auch keine internationale Liste mit Fachvokabular.

Kurzum: Es ist noch viel zu tun. Auf nationaler Ebene wird es noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bevor es zu neuen Maßregeln kommt, aber auf kommunaler Ebene scheint, während auch schon viel passiert, sehr vieles möglich zu sein. Es muss viel mehr in das Material der Hilfsdienst beider Länder investiert werden, so dass diese besser aufeinander abgestimmt wären. Aber man könnte auch Absprachen zwischen den Krankenhäusern an beiden Seiten der Grenze treffen, damit Patienten, wenn in den Niederlanden die Krankenhäuser voll wären, nach Deutschland gebracht werden könnten. Auch müsste es mehr Möglichkeiten geben, sich kennen zu lernen. Und die Zeit, die Hilfsdienste benötigen, um zu einer Unglückstelle zu gelangen, muss verkürzt werden. Man sollte Dingen bevorzugt nicht über den „langen“, den offiziellen, Dienstweg angehen, also über die Länder und die Minister, sondern auf „kurzem“ Weg, also in direktem Gespräch der Grenzgemeinden untereinander. Vor Ort müssen die Kontakte demnach gut unterhalten werden. Problematisch ist oftmals die Versicherung, die im nachhinein die verursachten Kosten decken muss, meistens jedoch aber nicht über die Grenze hinweg gilt. Dies führt manchmal zu jahrelangen Prozessen mit den Versicherungsgesellschaften. Darüber hinaus gibt es auch eine Reihe praktischer Probleme. Nicht nur, dass das Material nicht aufeinander abgestimmt ist, aber auch zum Beispiel die Sirenen von deutschen Polizei- und Feuerwehautos und Krankenwagen sind in den Niederlanden, und andersherum, offiziell nicht zugelassen, weil sie einen anderen Ton haben. Wichtig ist es auch, einander schnell zu informieren. Als die Mund und Klauenseuche in den Niederlanden ausgebrochen war, haben die Deutschen mit Containern und Abfallbergen die Grenze zu den Niederlanden versperrt, weil sie Angst hatten, dass infizierte Tiere nach Deutschland kommen sollten. Weil dieser Beschluss auf Kreisstadtebene gefasst wurde, wurden die niederländischen Gemeinden nicht direkt informiert und wurden morgens von einer abgeschlossenen Grenze überrascht. Dies führte zu

geschockten und empörten Reaktionen die durch rechtzeitige Information hätten vermieden werden können.

Wie schon gesagt, wird auf kommunaler Ebene schon viel zusammengearbeitet, doch die Absprachen einzelner Grenzgemeinden können gesetzeswidrig in Bezug auf die neue behördliche Gesetzgebung sein. So ist beispielsweise auf kommunaler Ebene ausgemacht, dass der erste Krankenwagen, der die Unfallstelle erreicht, die Arbeit verrichtet. Später ankommende Krankenwagen fügen sich dem ersten Krankenwagen. Aber ein deutscher Rettungsarzt darf offiziell in den Niederlanden bestimmte Handlungen nicht verrichten. Dies kann zu langwierigen Prozessen im nachhinein führen.

Die Vorteile grenzüberschreitender Zusammenarbeit sind ersichtlich: Die Nachbarn sind näher dran und darum ist auch die Hilfe näher. Die niederländischen Grenzgemeinden haben mehr von einer größeren deutschen Stadt in der Nähe als von einer größeren niederländischen Stadt, die weiter weg ist, und andersherum. Dies ist billiger und schlussendlich leben wir ja auch in einem Europa.

3.b. Herr Wolfgang Düren  
*Landesinnenministerium Nordrhein-Westfalen*



Wolfgang Düren ist Leiter der Abteilung Gefahrenabwehr des nordrhein-westfälischen Innenministeriums. Diese Abteilung besteht erst seit einem Jahr, obwohl die Notwendigkeit einer solchen Abteilung sicher schon seit 15 Jahre besteht. Früher war man bei dem Begriff der Gefahrenabwehr eher auf mögliche Kriegssituationen eingestellt. Durch das Hochwasser der Elbe vor gut zwei Jahren erwies sich erst, dass bei Gefahrenabwehr auch das Ausland um Hilfe gebeten werden muss und diese Hilfe gewährt werden muss. Damals kam die Hochwasserhilfe aus Nordrhein-Westfalen und nicht aus Tschechien, was aufgrund der geografischen Lage viel logischer gewesen wäre.

Nordrhein-Westfalen hat beispielsweise 11.000 Feuerwehrmänner in Dienst und verfügt daneben auch noch über 80.000 Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr. Auch verfügt dieses Bundesland über einen Helikopter, der 5.000 Liter Löschwasser mit sich führen kann, es gibt viele Ambulanzen, Erste-Hilfe-Teams etc. Sie werden durch den Bund und durch die Bundesländer finanziert. Die Einheiten der Feuerwehr haben breites Fachwissen und sind sofort einsatzbereit. Die Logistik vor Ort funktioniert vorzüglich. In den Niederlanden aber können diese Einheiten oder andere Hilfsdienste nicht einfach so eingesetzt werden. Hierfür ist ein offizieller Antrag aus Den Haag erforderlich, denn andernfalls würde Deutschland damit die Souveränität der Niederlande schänden.

Das Problem ist ein typisch deutsches Problem: Sehr gute Organisation, aber wie kann man sie ausführen? Wie kann das Bundesland Nordrhein-Westfalen anderen Bundesländern und anderen Ländern Hilfe bieten?

In der Praxis wird die Hilfe von Gemeinden und Regionen einander untereinander angeboten, die auch in Vereinbarungen festgelegt wurden. Dies hat sich auch verschiedene Male als funktionsfähig erwiesen, und darum, so Düren, brauche sich sein Ministerium hiermit auch nicht weiter zu beschäftigen. Wenn jedoch die Hilfeleistungen auf offiziellem Wege angefragt werden, also ein offizieller Antrag eingereicht wird, gerät die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ins Stocken. Dies wurde auch deutlich bei einer gemeinschaftlichen Übung von den Niederlanden und Deutschland im Frühjahr 2004. So etwas müsste viel besser abgesprochen werden, um schnelle Hilfe zu gewährleisten, wenn die Niederlande beispielsweise einen der deutschen Löschhelikopter benötigen. Hierfür muss man wissen, dass es diese Helikopter gibt, und wen man zu kontaktieren hat, um sie bestellen zu können.

In Nordrhein-Westfalen wurde nun ein neuer Katastrophenbekämpfungsplan erarbeitet, der es ermöglicht, bei großen Katastrophen schnell zu helfen. In Nordrhein-Westfalen können beispielsweise nun innerhalb von vier Stunden 600 Feuerwehrmänner aktiviert werden, mit 120 Feuerwehrautos und den benötigten Kommunikationsmitteln. Jede Region hat ihre eigene Abteilung zur Gefahrenabwehr, die sich jeweils wieder aus verschiedenen Teams zusammensetzt. Es gibt rote (Feuerwehr), weiße (ab 2005), blaue (THW) und bunte (Einsatz im Kriegsfall) Einheiten. Auch das Management der Einheiten, sprich die Logistik (Steht z.B. genug Benzin für die Fahrzeuge zur Verfügung?), die Kommunikation (Wer nimmt mit wem Kontakt auf? Sind alle Alarmnummern erreichbar? etc.), die Navigation und die Informationssysteme sind organisiert. Kernfragen der Gefahrenabwehr in Nordrhein-Westfalen sind Szenarien für Überschwemmungen, Waldbrände, Explosionen und weitere technische Hilfsleistungen. Man erarbeitet zur Zeit auch einen Katastrophenplan, der zum Einsatz kommt, wenn es durch einen Attentat oder vergleichbares plötzlich eine große Anzahl Verletzter, sagen wir 5000 Menschen, geben würde. Dann gäbe es auch in Deutschland zu wenig Krankenhäuser. Im Normalfall nehmen dann Schwerverletzte den Platz Leichtverletzter ein, in einem solchen Fall hätte aber niemand die Zeit zu bestimmen, wer leicht und wer schwer verletzt ist. So etwas ist schwierig zu organisieren. Auch erarbeitet man einen Katastrophenplan für einen möglichen Anschlag mit ABC-Waffen. Auch hierbei ist die Zusammenarbeit beider Länder von großer Wichtigkeit. Was geschieht mit Deutschen aus Gronau, die in Enschede einkaufen oder ein paar Tage in den Niederlanden verbringen, während ein solches Attentat ausgeführt wird, und sofort eine Impfung organisiert werden muss? Müssen sie dann zurück nach Deutschland oder werden sie in den Niederlanden geimpft? Und wie wäre dies logistisch zu organisieren?

Beim Einsatz von Hilfeleistungen gilt im allgemeinen: Wer Hilfe anfordert, leitet diese Hilfe auch. Dies ist jedoch nicht immer einfach: Die Funksysteme der Polizei funktionieren beispielsweise nicht immer zwischen den Niederlanden und Deutschland, weil man verschiedene Systeme hat. Es muss, und dies ist auch ein Ziel der deutschen Regierung, ein gut funktionierendes Kommunikationssystem zwischen den verschiedenen Hilfszentren aufgebaut werden. Denn das Schlüsselproblem liegt in der Kommunikation der verschiedenen Instanzen. Es ist keine Frage

finanziellen Mangels oder von Unwille oder Unverständnis – Es ist vielmehr eine Frage der Organisation der Kommunikation. Auch dürfen die verschiedenen Bundesländer und Regionen nicht zu sehr auf ihrer eigenen Autonomie beharren, sondern müssen umso mehr auf die Zusammenarbeit aus sein, und dabei die in der Region bestehenden Möglichkeiten nutzen.

### 3.c. Diskussion



Bürgermeister Quint bestätigt die Schlussfolgerungen von Herrn Willeme und Herrn Düren: Die Niederlande und Deutschland müssen voneinander wissen, was der anderen Seite an Material und Menschen zur Verfügung steht, damit sich beide Länder jeweils darauf einstellen können und dies auch berücksichtigen können.

Düren sagt, dass bei Katastrophen mit ABC-Waffen das Heer eingesetzt werden muss: Hierfür gibt es noch keine ausreichende Maßnahmen. Auch eine Pandemie würde die Möglichkeiten und Kompetenzen der heutigen Hilfsleistenden übersteigen.

Einige deutsche Bürgermeister sind der Ansicht, dass die Niederlanden besser ausgerüstet sind für Fälle von Katastrophenbekämpfung. Zwar habe man in Nordrhein-Westfalen viele Feuerwehrmänner, eine große Anzahl derer sei jedoch freiwillig und stehe demnach nicht immer zur Verfügung. Auch könne man mit der niederländischen Feuerwehr lediglich über Mobilfunknetze telefonieren, was in Notfällen eine Behinderung darstellt. Die Bürgermeister sind der Meinung, dass schnellstmöglich digitale Kommunikationssysteme angeschafft werden müssten.

Düren räumt ein, dass die Einführung dieser digitalen Kommunikationssysteme für die nordrhein-westfälische Landesregierung enorm wichtig sei. Das Problem der verschiedenen (analogen) Kommunikationssysteme sei übrigens bei der Polizei viel größer als bei der Feuerwehr. Bei der Anschaffung neuer Kommunikationssysteme bestünde jedoch noch immer die Gefahr, dass das deutsche System nicht mit dem niederländischen kongruiert, was zur Folge hätte, dass das Kommunikationsproblem zwischen den beiden Ländern immer noch Bestand hätte. Mit Bezug auf die Freiwillige Feuerwehr: Diese steht tatsächlich nicht immer zur Verfügung, stellt aber gleichzeitig einen Rückhalt dar, auf den sich in Notsituationen zurückgreifen lässt. Willeme ist der Meinung, dass Deutschland über mehr Feuerwehrmänner verfüge, während die niederländische Feuerwehr besser ausgerüstet sei und über größere technische Möglichkeiten verfüge. Bei den Rettungsdiensten sei dies jedoch umgekehrt: Während die niederländischen Rettungswagen etwa zwei Mal pro Jahr in Deutschland zum Einsatz kommen, werden deutsche Rettungswagen in den Niederlanden ungefähr 20 Mal pro Jahr eingesetzt. Nebenbei bemerkt hat die Region Twente auch freiwillige Feuerwehrleute. Dies kann zu Problemen führen, wenn sehr viele zugleich eingesetzt werden müssen, finanziell sei dies aber die einzige Möglichkeit, für das Bestehen einer so großen Einheit. Die Feuerwehr sollte man übrigens nicht lokal, sondern regional organisieren, so Willeme.

Als Reaktion auf eine Bemerkung von Bürgermeisterin Quint, dass sich die Niederlande und Deutschland auch finanziell mehr abstimmen und zusammenarbeiten müssten, weil die Katastrophenbekämpfung die Gemeinden sehr viel Geld koste, erwidert Willeme, dass die Gemeinden generell eher Geld für sozial Schwächere als für die Bekämpfung von Katastrophen ausgeben, die sich evtl. nie ereignen werden. Es gäbe eine Grenze von Sicherheit, die man den Menschen bieten könne. Man müsse aber dennoch gemeinsam bestimmen, welches Material man gemeinsam gebrauchen und anschaffen könne. Schon aus ökonomischen Gesichtspunkten heraus ist die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Niederlanden wünschenswert. Zugleich ist aber auch zu bemerken, dass keine Gemeinde bereit sei, ihre eigene Feuerwehr zu beschränken. Bürgermeisterin Quint bekräftigt, dass Zusammenarbeit von finanziellem Vorteil sei: „Moderne Katastrophen kennen keine Landesgrenze.“

#### 4. Besuch des GHOR Süd-Limburg ‚De Caumer‘ (Medizinische Hilfe bei Unfällen und Katastrophen in der Provinz Süd-Limburg)

Die Niederlande sind in 25 GHOR-Gebiete eingeteilt. GHOR steht für *Medizinische Hilfe bei Unfällen und Katastrophen* und entstand nach den Katastrophen in Enschede (in einer Feuerwerksfabrik 1999) und in Volendam (Brand in einem Café an Silvester 2001). Dort zeigte sich, dass die Sicherheitsketten bzw. -kette (siehe 3.a.) nicht funktionierten. Die GHOR-Gebiete unterstehen dem niederländischen Innenministerium. Sie werden teils durch den Staat und teils über kommunale Vereinbarungen finanziert. Eines dieser Gebiete ist Süd-Limburg mit seinen rund 650.000 Einwohnern. Angesiedelt ist die GHOR von Süd-Limburg in Heerlen, und von dort aus wird im Katastrophenfall die medizinische Hilfe für die dazugehörigen 20 Gemeinden dieses Gebietes koordiniert. In der Zentrale weiß man über die Kapazitäten des Gebietes Bescheid und kann auf diesem Wege die Dinge sinnvoll koordinieren. Die GHOR arbeitet eng mit der Polizei, der Feuerwehr und den einzelnen Gemeinden zusammen. Sie erarbeiten gemeinsam Katastrophenbekämpfungspläne für möglicherweise entstehende Katastrophen.

Durch seine geografische Lage zwischen Belgien und Deutschland ist das Gebiet Süd-Limburg besonders. Darum hat die GHOR in Heerlen auch Vereinbarungen mit diesen Nachbarländern getroffen, um einander im Notfall zu helfen. Hilfe aus Belgien und Deutschland kann hier schneller vor Ort sein, als Hilfe aus anderen Teilen der Niederlanden. Beispielsweise kann die GHOR in Heerlen die Helikopter des ADACs benutzen.



Am Samstag, den 20. November, wurden die teilnehmenden Bürgermeister im Zentrum der GHOR Süd Limburg ‚De Caumer‘ empfangen. Der stellvertretende Vorsitzende Herr Vanderlijde erzählt, was die GHOR Süd-Limburg tut. Momentan stellen Feuerwehr, Polizei, die Gemeinden und die GHOR einen regionalen Verwaltungsplan für die Katastrophenbekämpfung für die kommenden vier Jahre auf. Ziel ist die Vermeidung von Sicherheitsrisiken, in dem Sinne also Prävention, vorbereitet sein auf Katastrophen und Unfälle, und die Betreuung von

Ausbildungen und Übungen, damit die Hilfsketten (siehe 3.a.) besser funktionieren. Und natürlich der Einsatz und die Koordination im Unglücksfall oder wenn es zu einer Katastrophe kommt. Im Juni 2005 muss der Plan für die nächsten vier Jahre aufgestellt sein.

Einige Bürgermeister erheben den Einwand, dass dieser Katastrophenbekämpfungsplan durch die GHOR in den Niederlanden aufgestellt wird, und nicht in Zusammenarbeit mit den betreffenden Gegenden in Belgien und in Deutschland. Herr Vanderlijde wirft daraufhin ein, dass die GHOR sich an der Realität orientieren muss. Es gäbe eben vielerlei kulturelle Unterschiede zwischen den drei Ländern, die man zu akzeptieren habe. Wenn man diese erst auszuräumen gedenke, würde es nie zu einem Plan kommen. Man könne besser selbst ein gutes Konzept aufstellen mit dem man dann auch arbeitet und aus praktischer Sicht überlegen, wie es funktioniert und inwiefern man was voneinander lernen und abgucken kann. Man müsse also eigentlich auf zwei Ebenen gleichzeitig arbeiten: theoretisch und operationell. Dies wird auch so gemacht. Die Strukturen müssen sich aneinander anpassen, und dies entwickelt sich in der Praxis. Dies sei auch der Grund, warum so viele Übungen veranstaltet werden.

Frau Marianne Ramakers ist Projektleiterin für grenzüberschreitende Zusammenarbeit der GHOR und berichtet über die Bemühungen der GHOR in diesem Bereich. Die GHOR Süd-Limburg hat gesonderte Vereinbarungen über Hilfeleistungen mit Deutschland und mit Belgien getroffen. Auch die belgischen und deutschen Grenzgebiete haben eigene Vereinbarungen untereinander. Die GHOR trägt Sorge dafür, dass Kontakte mit ausländischen Netzwerken gelegt werden und diese auch unterhalten werden. Es werden Zusammenarbeitsübereinkünfte geschlossen (beispielsweise ‚Eumed‘ im Bereich der ärztlichen Hilfe) und gemeinsame Ausbildungen betreut (‚Eucrew‘). Auch werden grenzüberschreitende Übungen und Fortbildungen angeboten.

Es ist sehr wichtig, dass sich die einzelnen Gebiete untereinander informieren. Dies gestaltet sich teilweise problematisch. Belgien gibt beispielsweise nicht die Information preis, wie viele Tankstellen sich an der belgischen Seite der Grenze befinden. Diese Information ist wichtig beim Aufstellen einer sogenannten Risikokarte, auf welcher vermeldet ist, wo sich welche Risiken in einem Gebiet befinden. Eine Tankstelle mit großen Benzintanks stellt ein Risiko dar. Deutschland und die Niederlande geben einander diese Information wohl.



Herr Prof. Dr. J. Scheres, Euregionaler Koordinator des Akademischen Krankenhauses von Maastricht, informiert über die Zusammenarbeit bei ärztlicher Hilfeleistung in der Euregio Maas-Rhein. Hier leben etwa 3,7 Millionen Einwohner, es gibt vier Kulturen, drei Sprachen und drei Systeme. Dies erschwert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf ärztlicher Ebene. Dennoch gibt es viele Möglichkeiten. So gibt es sechs Universitäten in dieser Gegend, die sowohl wissenschaftlich zusammenarbeiten können, die aber auch Apparatur austauschen können oder die Möglichkeit haben, sich auf ein Gebiet zu spezialisieren, wovon alle Einwohner der Euregio profitieren könnten. Dies geschieht teilweise auch schon. Die Krankenhäuser von Maastricht (NL), von Aachen und von Tongeren (B) betreiben dies z.B.. Auch die Versicherungsgesellschaften der verschiedenen Länder arbeiten zusammen, so dass es für einen Patienten aus Süd-Limburg nicht schwierig ist, sich in einem belgischen oder in einem deutschen Krankenhaus behandeln zu lassen. Hausärzte dürfen ihre Patienten unmittelbar an einen Spezialisten im Ausland verweisen, sofern dies nötig ist. Diese Entwicklung hat jedoch lange auf sich warten lassen. Noch vor einigen Jahren hat es drei bis vier Jahre dauern können, bis eine Versicherung eine Rechnung aus dem Ausland hat übernehmen wollen. Mittlerweile gibt es Verträge zwischen den Versicherungsgesellschaften und den Krankenhäusern, beispielsweise über die Behandlung von Patienten, aber auch über die Lieferung von Blutkonserven im Katastrophenfall. Dies wird nun vom nächstem Krankenhaus übernommen, ungeachtet in welchem Land sich dieses befindet.

Dennoch gibt es immer noch große Probleme, die einer guten Hilfeleistung im Wege stehen. Die verschiedenen Krankenwagen mit ihren unterschiedlichen Sirenen sind offiziell nicht in den Nachbarländern genehmigt, niederländische Rettungssanitäter verfügen über größere Kompetenz als ihre belgischen Kollegen, und die Polizei hat hinter der jeweiligen Grenze nicht dieselben Befugnisse wie daheim.



Auch bei der Feuerwehr im Gebiet Süd-Limburg arbeitet man eng mit den Nachbarländern zusammen, erzählt Herr Dr. Nüßler, Branddirektor von Aachen. Es wurden sowohl mit Feuerwehreinheiten als auch mit den Technischen Hilfsdiensten in den Niederlanden und in Belgien Vereinbarungen über Hilfeleistungen geschlossen. In diesen Verträgen ist festgelegt, dass die Hilfeinheiten in den anderen Ländern über dieselben Befugnisse verfügen wie in ihrem eigenen Land. Wer den Unglücksort zuerst erreicht, führt die Hilfe aus. Das ist juristisch nicht erlaubt, aber dennoch handelt man nach diesen Absprachen. Der erste, der vor Ort die Hilfe leistet, ist auch derjenige, der am besten in der Lage ist, Hilfe zu bieten und den Überblick zu wahren. Auch die Feuerwehren führen viele gemeinsame Übungen durch, so dass sich die verschiedenen Einheiten besser kennen lernen und in Notfällen zusammenarbeiten können.

Auch Nüßler macht auf die Wichtigkeit guter Kommunikation aufmerksam. Dies bedeutet selbstverständlich, einander gut zu informieren, aber auch die Kenntnis kultureller Unterschiede und gegenseitige Sprachkenntnis. Weil jeder in Notfällen in seiner eigenen Sprache kommunizieren können muss, werden für alle Mitarbeiter Sprachkurse durchgeführt. Es ist von großer Bedeutung, dass die Hilfeleistenden aus anderen Ländern verstehen können, was sie gefragt und was ihnen mitgeteilt wird. Es wurden Wörterbücher erstellt, für Hilfeleistende mit speziellen Begriffen auf Englisch, auf Französisch, auf Deutsch und auf Niederländisch. Auch die Antragsformulare, mit denen Hilfe, extra Betten, Material oder andere benötigten Dinge angefragt werden können, sind in einfacher Sprache und dreisprachig erstellt, so dass sie leicht von allen Beteiligten verstanden und ausgefüllt werden können.

Es muss dennoch auch hier noch viel geschehen. Es müssen Risikokarten erstellt werden, der Informationsaustausch kann noch erheblich verbessert werden, die Kenntnis der Nachbarländer über kulturelle Unterschiede muss größer werden, und auch das Personal der Rettungswagen muss dreisprachig werden, so dass sie alle in der Lage sind, mit den Patienten kommunizieren zu können.